

# Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Drucksache 16/6839

26. 10. 2007

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 22. Oktober 2007

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### 8. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Auf welcher Beschlusslage der Bundesregierung und auf welcher Rechtsgrundlage schlug der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Peter Altmaier, auf der Tagung des Rates der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union am 18. September 2007 vor, eine europäische Datei über international agierende Gewalttäter einzurichten?

#### Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 22. Oktober 2007

Die Einrichtung einer europäischen Datei über international agierende Gewalttäter, wie in der Frage ausgeführt, ist von dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Peter Altmaier, beim Ji-Rat am 18. September 2007 in allgemeiner Form zur Diskussion gestellt worden. Als Vertreter des BMI hat er sich dafür eingesetzt, in Anbetracht insbesondere der Erfahrungen mit der polizeilichen Bewältigung des G8-Gipfels von Heiligendamm im EUKreis die Möglichkeiten eines verbesserten Informationsaustauschs zu prüfen. Dabei kommen als Optionen die Nutzung bestehender EU-Informationssysteme, die Vernetzung nationaler Datenbanken oder die Schaffung neuer, zentraler Datenbanken in Betracht. Der Vorstoß wurde von den übrigen Mitgliedstaaten und der Kommission grundsätzlich positiv aufgenommen. Im Übrigen hat der Bundesrat in seiner 837. Sitzung am 12. Oktober 2007 eine Entschließung hierzu gefasst (Bundesratsdrucksache 589/07).

### 9. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Wo soll nach Vorstellung der Bundesregierung diese Gewalttäterdatei eingerichtet werden, und welche nationalen Behörden Europas sollen Einstellungsrechte und Zugriff auf die Datei nach diesen Vorstellungen haben?

#### Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 22. Oktober 2007

Derzeit prüft die Kommission konkrete Handlungsalternativen im Hinblick auf das weitere Vorgehen. Die Bundesregierung wird ihre Haltung nach Vorliegen eventueller Vorschläge festlegen.

**10. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)**

Wie werden der Begriff und die unbestimmte Personengruppe „Gewalttäter“ von der Bundesregierung definiert, und wie sollen die europäischen und nationalen datenschutzrechtlichen Regelungen für die Betroffenen einer solchen Datei aussehen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 22. Oktober 2007**

Welche Personen konkret von dem technisch unterstützten Informationsaustausch erfasst werden sollen, wird im Rahmen der auf EUEbene zu führenden Beratungen festzulegen sein.

**11. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)**

Soll die Freizügigkeit dieser Personengruppe in Europa eingeschränkt werden, und wenn ja, nach welchen genauen Kriterien soll dies erfolgen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 22. Oktober 2007**

Es ist nicht beabsichtigt, die Freizügigkeit der Personengruppe der international agierenden gewaltbereiten Störer in Europa pauschal einzuschränken. Der anvisierte technisch unterstützte Informationsaustausch soll vielmehr den kontrollierenden Polizeibeamten im Einzelfall in die Lage versetzen, eine fundierte Entscheidung über die Gefährlichkeit einer bestimmten Person für eine konkrete Großveranstaltung zu treffen. Für diese Entscheidung ist das Wissen um einschlägiges Vorverhalten und negative polizeiliche Prognose von Bedeutung.